



## Pressemitteilung

Friedberg, 18.01.2024 |

Pressemitteilung Kinderschutzbund Hessen zur neuen Hessischen Landesregierung

### Kinderschutzbund nimmt neue Landesregierung in die Pflicht

- Kinderrechte intensiv umsetzen -

Der Kinderschutzbund Landesverband Hessen e.V. gratuliert Frau Diana Stolz zur Ernennung als Hessische Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege, Frau Heike Hofmann zur Ernennung als Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales sowie Herrn Armin Schwarz zur Ernennung als Minister für Bildung und Chancen in der künftigen hessischen Landesregierung. Silke Arnold, die Vorsitzende des Kinderschutzbundes Landesverband Hessen, wünscht den MinisterInnen für die neue Aufgabe gutes Gelingen, ein entsprechendes Durchsetzungsvermögen und erwartet eine konstruktive Zusammenarbeit.

„Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD betont für Kinder und Jugendliche wichtige Lebensbereiche“, so Arnold. „Der Kinderschutzbund Hessen fordert hier die Einbindung, um positive Maßnahmen in allen Bereichen mit der Politik gemeinsam zu entwickeln und bietet seine Unterstützung an.“

Arnold hebt hier die Notwendigkeit der Einbindung des Fachwissens und der Kompetenzen der freien Träger und Verbände sowie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen selbst hervor. Bildung und Bildungsgerechtigkeit sollen massiv gestärkt werden, die Vielfalt der Schulformen beibehalten und mehr Lehrkräfte eingestellt werden, so ist im Koalitionsvertrag zu lesen.

„Ich begrüße dieses Vorhaben ausdrücklich, betone jedoch weiterhin, dass die Ausbildung der Lehrer sowie das Schulsystem kritisch in den Blick genommen und modifiziert werden müssen, um den aktuellen Anforderungen der Lehrer und der Schüler im heutigen Schulalltag gerecht zu werden“, so Silke Arnold. „Schule ist nicht nur die Vermittlung von Wissen, die Einführung einer kindgerechten Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ist daher eine Herausforderung, bei der wir uns wünschen, dass das Fachwissen und die Erfahrung der freien Träger und Verbände, wie die des Kinderschutzbundes einbezogen wird“, so die Vorsitzende. Hier sei auch der Ausbau der Schulsozialarbeit eine Vorgabe.

Die Ausgestaltung der Schulfächer sollte zwingend lebenspraktische Fächer und Themen beinhalten, die unsere Kinder auf das Leben vorbereiten und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung fördern, wie z.B. Ernährung, Rollenverständnis, Erziehung, Umgang mit Finanzen, Demokratie leben, aber auch Medienkompetenz vermitteln.

Wenn der Familienförderung eine erhebliche Bedeutung zukommen soll, wie es der Koalitionsvertrag fordert, so muss hier bereits in frühen Jahren eine Grundlage für das Verständnis von Familie in der heutigen Zeit gelegt werden. Hierbei dürfen die Veränderungen innerhalb der Familienstrukturen in den letzten Jahren nicht unberücksichtigt bleiben. „In Großstädten werden fast die Hälfte der Kinder nur von einem Elternteil erzogen. Hierauf muss Politik reagieren und entsprechende Betreuungsplätze schaffen“ betont Arnold.

„Bildungsgerechtigkeit bedeutet eine Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben“, hebt die 1. Vorsitzende der hessischen Kinderschützer hervor. Arnold folgert weiter: „Benachteiligungen in jeglicher Form müssen so gut wie möglich ausgeglichen werden, was vielfältige Hilfen und Gestaltungsformen beinhaltet.“



Der Kinderschutzbund leistet hier seit Jahren erfolgreiche zielgerichtete Arbeit unter Einbindung der Vorstellungen und Bedarfe der Kinder und Jugendlichen. Um dies weiter sicherzustellen, bedarf es einer ausreichenden finanziellen Förderung der sozialen Verbände. Der Landesverband ist daher gespannt auf die konkrete Gestaltung des Handlungsplanes zur Behebung der bestehenden Ungleichheiten in der sozialen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.

„Als Kinderschutzbund sind wir stolz, dass in unserer Hessischen Landesverfassung die Kinderrechte explizit aufgenommen sind und wir eine Landesbeauftragte für Kinder- und Jugendrechte haben“, hebt Silke Arnold weiter hervor. Die hessischen Kinderschützer bauen in dem Zusammenhang auch auf die Aufrechterhaltung, die langfristige Finanzierung und wenn möglich auf eine Ausweitung des Angebots der unabhängigen Ombudsstelle für Kinder und Jugendlichen in Hessen.

In Hessen ist jedes vierte Kind armutsgefährdet oder schon von Armut betroffen. Dagegen muss die neue Landesregierung konkrete Maßnahmen konsequent ergreifen. Unabhängig der Herkunft, Religion und Familienzugehörigkeit hat jedes Kind das gleiche Recht auf Förderung, Schutz und Mitbestimmung. Hier bietet der Kinderschutzbund Landesverband Hessen sein Fachwissen an, um im Interesse unserer Kinder Maßnahmen zu entwickeln und gegen die negative Entwicklung vorzugehen.

Kinder und Jugendliche sind ein wesentlicher Teil der hessischen Gesellschaft. An dem im Koalitionsvertrag zur Stärkung dieser Beteiligung vorgesehenen Prozess sollten, wie schon damals bei der Änderung der Hessischen Landesverfassung, Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligt werden. Deswegen ist es aus Sicht des Kinderschutzbund Hessen selbstverständlich, dass sie an der demokratischen Willensbildung beteiligt werden.

#### **Kontakt:**

Der Kinderschutzbund Landesverband Hessen e.V.,  
Gebrüder-Lang-Str. 7, 61169 Friedberg  
Silke Arnold, Landesvorsitzende | E-Mail: [arnold@kinderschutzbund-hessen.de](mailto:arnold@kinderschutzbund-hessen.de)  
Jonas Thiele, Geschäftsführer | E-Mail: [thiele@kinderschutzbund-hessen.de](mailto:thiele@kinderschutzbund-hessen.de)

---

Der Kinderschutzbund Landesverband Hessen e.V. ist Mitglied beim Kinderschutzbund Bundesverband und vertritt seine 26 hessischen Ortsverbände auf Landesebene. Hessenweit hat der Kinderschutzbund (DKSB) circa 3.600 Mitglieder, mehr als 900 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und beschäftigt 275 hauptamtliche Fachkräfte. Der DKSB ist unabhängiger freier Träger der Jugendhilfe und fachlich befasst mit allen Themen rund um den Kinderschutz. Der Kinderschutzbund Landesverband Hessen e.V. tritt als Lobby für Kinder für eine kinderfreundliche Gesellschaft, für die Förderung der Entwicklung aller Kinder und für den Schutz vor Gewalt ein.